

Forderungen an eine künftige sächsische Staatsregierung

Cottbus, den 21.08.2019. Als von Tagebauen betroffene Lausitzer Bürger erwarten wir von einer neuen sächsischen Staatsregierung:

1. Die Staatsregierung darf keine neuen Tagebauvorhaben wie das Sonderfeld Mühlrose genehmigen oder eine Vergrößerung des Tagebaues Vereinigtes Schleenhain zulassen. Bleibewillige Einwohner von Pödelwitz und Mühlrose müssen unterstützt und eine Entwicklung und Wiederbesiedlung leergezogener Teile beider Orte geprüft werden!
2. Die Staatsregierung muss (gemeinsam mit dem regionalen Planungsverband) den Tagebau Nochten verkleinern und mit größerem Abstand zu den Ortsteilen Mulkwitz und Rohne der Gemeinde Schleife auslaufen lassen. Das sollte den Erhalt der Mühlroser Straße beeinhaltend!
3. Geplante Restseen der Tagebaue müssen so umgeplant werden, dass der Wassermangel im Spreegebiet nicht durch zusätzliche Verdunstungsverluste verschärft wird!
4. Konsequenter Klimaschutz in Sachsen muss bei den Alt-Blöcken des Kraftwerksstandortes Boxberg beginnen. Eine Außerbetriebnahme Anfang der 2020er Jahre ist dafür unumgänglich. Auch wenn die Verhandlungen hierüber zwischen Bundesregierung und Betreiber geführt werden, bleibt die Staatsregierung indirekt beteiligt: Sachsen darf weder in den Medien noch im Bundesrat den Klimaschutz ausbremsen!
5. Folgekosten der Tagebaue dürfen nicht auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Die Staatsregierung muss deshalb auch über die mit der LEAG geschlossene Vorsorgevereinbarung hinaus alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die im Unternehmen vorhandenen Mittel des Unternehmens für diesen Zweck zu sichern. Die Datengrundlage der vereinbarten Zweckgesellschaft muss offengelegt werden!
6. Der geplante Bau der Spreestraße zwischen den Kraftwerksstandorten Schwarze Pumpe und Boxberg ist genauso wenig erforderlich, wie ein Anschluss der B 178n an die A 4 in Brandenburg. Strukturwandelhilfen dürfen nicht für diese Projekte verschwendet werden! Das durch das geplante ca. einen halben Kilometer lange Brückenbauwerk betroffene FFH-Gebiet der Spree darf nicht beeinträchtigt werden!
7. Beim Kampf gegen die Verockerung der Spree sollten die Forderungen des Aktionsbündnisses Klare Spree umgesetzt werden. Damit sich die Spree vor der Landesgrenze zu Brandenburg nicht mehr braun färbt, sind deutlich mehr als die bisher geplanten Maßnahmen nötig!
8. Die Staatsregierung muss Bundesratsinitiativen einbringen oder unterstützen, welche die bergrechtliche Grundabtretung für den Rohstoff Braunkohle abschaffen und die Beweislastumkehr bei Bergschäden auch auf Tagebaue ausdehnt!
9. In Plan- und Genehmigungsverfahren, in denen der Freistaat Sachsen durch Nachbarländer einbezogen wird, etwa durch die Republik Polen zum Tagebau Turów, muss die Staatsregierung negativen Umweltauswirkungen durch Kohleabbau und -verstromung entschieden entgegenreten!
10. Gelder zur Unterstützung des Strukturwandels dürfen nicht in eine Verlängerung der Nutzung von Braunkohle gesteckt werden, egal in welchem innovativen Mäntelchen sie versteckt wird!
11. Die Staatsregierung muss den Wandel auch mit glaubwürdigen Personalentscheidungen verkörpern und darf ihn nicht unter die Kontrolle von Tagebaulobbyisten stellen!